№ 180. Drittes Blatt. Mittwoch, 5. August.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.
Mit der Gratis-Beilage: Illustrirtes Sonntagsblatt.

Berlin. 1891. — 39. Jahrgang.

Eine Audienz beim Minister des Innern.

L Eine Deputation des Petitionsausschusses, den die Vororte Berlins vor einiger Zeit in Sachen der Landgemeindeordnung gewählt, aus je einem Vertreter von Schöneberg, Rixdorf und Steglitz bestehend, hatte gestern (wie schon im ersten Blatt kurz erwähnt) eine Audienz beim Minister des Innern, Herrn Herrfurth. Der Sprecher der Deputation, Herr Müller-Rixdorf, dankte dem Minister für seine Bemühungen um das Zustandekommen der Landgemeindeordnung, nach deren Bestimmungen es selbst den Vororten von Berlin vorerst wenigstens möglich sein würde, weiter zu wirtschaften. Die unmittelbar an Berlin grenzenden Vororte würden indeß doch mit der Reichshauptstadt verbunden werden müssen, welche die minder steuerkräftigen Volksklassen allmälig in die Grenzgemeinden abstoße, so daß die Vororte gezwungen seien, ihre Steuerzuschläge, teilweise bis zu 300 pCt. zu erhöhen. Von der anderen Seite ziehen die Kreise infolge der vermehrten Bevölkerung der Vororte von diesen die stärksten Einnahmen, weigern sich aber der Gegenleistungen. So seien auch die Zuschüsse aus der lex Huene für Schulkanten der Vororte nicht zu haben. Falls eine Einverleibung sich nicht in nächster Zeit ermöglichen lassen würde, dürfte sich vielleicht inzwischen die Einführung der Städteordnung empfehlen.

Der Minister erwiderte hierauf ungefähr Folgendes: Es freue ihn, von Männern, welche in der Gemeindeverwaltung praktisch tätig seien, zu hören, daß die neue Landgemeindeordnung gegenüber den bisherigen Zuständen als ein Fortschritt und ein Segen betrachtet werde. Man habe ihm oft entgegengehalten, daß das Gesetz wohl für Schöneberg und Rixdorf, nicht aber für entlegene Landgemeinden passe; er sei überzeugt, daß beim Inkrafttreten das Gesetz aber sich allseitig Freunde erwerben werde. Für die Vororte seien ja noch besondere Verbesserungen in das Gesetz hineingekommen, so hinsichtlich der Wahl von besoldeten Gemeindevorstehern, Bildung eines kollegialen Gemeindevorstandes u. s. w., Verbesserungen, welche für eine gewisse Zeit eine ersprießliche Gemeindetätigkeit ermöglichen würden. Freilich sei die Einverleibung der unmittelbar mit Berlin innerander gewachsenen Gemeinden wohl unabwendbar. Aus den bisher mit den maßgebenden Behörden gepflogenen Verhandlungen erscheine es indessen sehr fraglich, ob die Einverleibung die Zustimmung der städtischen Organe finden werde, aus welchem Umstande die nach den einschlägigen Bestimmungen der Städteordnung notwendige Gesetzesvorlage sich verzögern dürfte. Berlin sei wohl sehr geneigt, die angrenzenden wohlsituirten Bezirke, wie den 18. Bezirk Charlottenburg, Golzstraße, Zietenstraße, die Umgebung der Hasenhaide, zu nehmen, doch an solche einseitige Lösung sei nicht zu denken, die Frage werde nur für die ganzen Ortschaften geregelt werden. Beim Magistrat von Berlin sei auch die Ansicht vertreten, daß vor Einbeziehung der gesammten Vororte, einschließlich Charlottenburg, mit etwa 200 000 Seelen, eine gewisse Dezentralisation für einzelne Verwaltungszweige einzurichten sein würde. Bis Alles dies geordnet sei, dürften vier bis fünf Jahre ins Land gehen. Bisher seien manche Einverleibungsanträge abgelehnt oder in der Schwebe geblieben. Jedenfalls empfehle es sich für die mittelbaren Vororte von Berlin, vorläufig nichts zu tun. Es sei im Uebrigen erst das Inkrafttreten der Landgemeindeordnung abzuwarten. Der Minister sprach sich sodann dahin aus, daß für eine Stadt, welche die Vorbedingung einer solchen nicht erfülle, die Annahme der Landgemeindeordnung, für Landgemeinden mit städtischen Verhältnissen dagegen, ohne Rücksicht auf die Seelenzahl, die Einführung der Städteordnung zu empfehlen sei. Nach Eintritt der neuen Gemeindevertretungen werde die Staatsregierung die Initiative in diesem Sinne ergreifen. Den Verhältnissen der Vororte gelte seine besondere Fürsorge und er habe über dieselben die Abfassung einer besonderen Denkschrift angeordnet, in welcher auch die Frage erwogen werden soll, wie den Aufwendungen für Verkehrswege, Schulbauten und sonstige allgemeine Einrichtungen zu entsprechen sei oder wie zur Tragung dieser Aufwendungen ein zweckverband zu bilden sei, für die Vermehrung der Gendarmen sei gleichfalls Fürsorge getroffen worden. Ferner komme noch in Betracht, daß das Gesetz über die Polizei-Verwaltungen der Städte insofern günstiger für Städte und auch für entsprechende Landgemeinden gemacht werden solle, als der bisherige fiskalische Standpunkt infolge Eintretens des Herrn Finanzministers Miquel, welcher für kommunale Angelegenheiten aus seiner früheren Tätigkeit ein großes Wohlwollen an den Tag lege, fallen gelassen werden solle, und zu diesem Zwecke Staatsmittel flüssig gemacht werden würden. Minister Herrfurth kam dann noch einmal auf die Einverleibung der Vororte zurück und erklärte, daß die Vorarbeiten im Gange und bereits durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes die Gesetze, betreffend die Einverleibung der Vororte von Leipzig und die Bildung von Groß-Wien eingegangen seien. Die Karte von Groß-Wien legte der Minister der Deputation vor. Für Berlin wären Ortschaften wie Pankow abzulehnen, und Berlin sei geneigt, den Grunewald in sein kommunales Gebiet einzuverleiben, um ähnlich dem Bois de Boulogne einen zweiten Tiergarten zu bilden, doch würde der Fiskus hierin schwerlich einwilligen. Auf Anfrage erklärte noch der Minister, daß die neue Landgemeindeordnung den Landgemeinden das Recht zur Einführung einer Kanalisation und Erhebung einer betreffenden Abgabe verleihe, und daß auch den Gemeinden die Genehmigung zur Anlegung von Rieselfeldern erteilt werden würde.

Nach einstündiger Dauer der Audienz wurde die Deputation entlassen.

Oeffentliche Aemter.

Ernannt: Der Regierungsassessor Seifert in Verden zum Landrat im Kreise Verden; der ordentliche Lehrer an der Landwirtschaftsschule zu Bitburg, Dr. Pick, zum Kreis-Schulinspektor; der praktische Arzt Dr. Gergast in Emden zum Kreis-Physikus des Stadt- und Landkreises Emden; der praktische Arzt Dr. Holling in Sögel zum Kreis-Physikus des Kreises Hümmerling; der Tierarzt Hamann zu Striegau zum Kreis-Tierarzt des Kreises Striegau.

Kleine Chronik.

Berlin, den 4. August 1891.

† Eine Konferenz der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralvereine findet am 7. September d. J. in Halberstadt statt, um die Vorarbeiten für den im nächsten Jahre abzuhaltenden deutschen Gewerkschafts-Kongreß zu erledigen. Es handelt sich hauptsächlich um die zukünftige Organisation, resp. wie eine Einigkeit hergestellt werden könne.

†R Die Elektrizität soll nun auch speziell dem Vergnügen des Kegelschiebens dienstbar gemacht werden. Von einer Firma in Hannover, der die betreffende Einrichtung patentirt ist, sind hiesigen Besitzern von Kegelbahnen Angebote zur Anbringung einer elektrischen Einrichtung gemacht worden, durch welche das oftmals unzuverlässige Aufrusen der gefallenen Kegel durch den Kegeljungen entbehrlich gemacht werden soll. Auf einer hinter den Kegeln zu errichtenden Wand wird in gut sichtbarer Höhe die Figur des Kegelplatzes angebracht. Für jeden Kegel ist eine runde Oeffnung vorhanden, in welche sofort eine schwarze Klappe vorspringt, sobald der betreffende Kegel von seinem Platze weicht. Die schwarze Klappe verschwindet sofort wieder, sobald der betreffende Kegel wieder auf seinem Platze steht. Die Spieler sehen also deutlich, welche Kegel nach jedem Schube gefallen sind, und sie sehen ebenso, ob das Wiederaufsetzen der Kegel beendet ist und der nächste Schub erfolgen kann. Der Apparat kann auch auf dem Standplatze der Spieler, über der Schreibtafel, angebracht werden, wo er in sehr bequemer Weise das Notiren der geschobenen Points erleichtert. Das laute Rufen der Kegeljungen, das zu allerlei Irrtümern führt, namentlich wenn mehrere Kegelbahnen dicht neben einander liegen, wird dadurch ganz vermieden. Die Wirkung des Apparats ist dadurch bedingt, daß der fallende Kegel durch die Erleichterung des Standortes um das Gewicht des Kegels eine Stromkette schließt, welche die Klappe hervorspringen läßt; dieser Strom wird durch das Gewicht des Kegels unterbrochen, so bald derselbe auf seinem Platze steht. Die elektrische Batterie ist in einem der bekannten kleinen Wandschränke untergebracht, die in den Aufenthaltsräumen der Kegelschieber plaziert werden können. In solchen Lokalen, wo gleichzeitig auf fünf und mehr nebeneinander liegenden Bahnen geschoben wird, sind die Vorzüge der neuen Einrichtung unverkennbar, wenn der Apparat prompt funktionirt.

†R Die Weinfabrikation soll in der Nähe Berlins in bedeutendem Umfange und mit gutem Erfolge betrieben werden. Der Mitarbeiter eines hiesigen Fachblattes für die Nahrungsmittelbranche behauptet, ihm sei eine große Weinkellerei nahe bei Berlin bekannt, wo durch Beardeitung von Rosinen Portwein, Sherry und Madeira gewonnen wird. Da der Verkauf solcher Weine an hiesige Abnehmer strafbar sein würde, so gehen diese Fabrikate zunächst ins Ausland, von wo sie dann als „echter" Portwein, Sherry 2c. unbeanstandet in den hiesigen Handel kommen.

†g Aus dem Schiedsgericht in Unfallversicherungssachen. Der Fabrikarbeiter Friedrich Ulrich zu Barmen wurde am 16. April d. J. von einem Mitarbeiter anläßlich einer vorausgegangenen geringfügigen, mit dem Betriebe in keinem Zusammenhange stehenden, vielmehr rein persönlichen Verhältnissen entspringenden Neckerei mit einem Bohrer, welchen der Täter gerade in der Hand hatte, auf den Hinterkopf geschlagen und hierdurch schwer verletzt. Dem Täter wurde der Strafprozeß gemacht und wegen Körperverletzung mittelst gefährlichen Werkzeuges zwei Jahre Gefängniß über denselben verhängt. Das Schiedsgericht wies den Rentenanspruch des Verletzten zurück, „weil ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Betriebe und dessen Gefahren und dem Unfalle um so weniger anzunehmen sei, als sich der betreffende Bohrer in dem gegebenen Augenblicke überhaupt nicht in bestimmungsgemäßer Anwendung befand."

† Das Eisenbahnunglück von Eggolsheim hat nun außer der sofort gestorbenen alten Dame, Frl. Dupont, noch ein Opfer gefordert. Ein Telegramm aus Bamberg meldet, daß daselbst ganz plötzlich an Herzlähmung Frl. Olga Reimer aus Köslin, Tochter des Landgerichtsrats Reimer, starb. Die junge Dame hatte einen Unterschenkelbruch erlitten. Nach den bisherigen Meldungen sichen sie Lebensgefahr ausgeschlossen. Um so betrübender ist das jähe und unerwartete Ende.

†kz Wie Steglitz, will jetzt auch Zehlendorf eine Petition an den neuen Eisenbahnminister richten, um durch dieselbe eine Abhilfe schwerwiegender Mißstände, die sich aus der neuen Bahnhofsanlage ergeben, herbeizuführen.

† Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat Juli 1891 nächtigten im Männer-Asyl 9294 Personen, davon badeten 3554 Personen, im Frauen-Asyl 1414 Personen, davon badeten 100 Personen.

† Wie alljährlich, so veranstaltete auch in diesem Jahre die bekannte Stahlfederfabrik von Heintze u. Blanckertz mit ihrem gesammten Arbeiterpersonal am vergangenen Sonnabend einen Sommerausflug. Während sonst lange Kremierreihen die Festteilnehmer durch die Stadt nach ihrem Bestimmungsorte führten, wurde diesmal die Fahrt auf mehreren Dampfern unternommen. Das Ziel war Sadowa. Die Dampfer, reich mit Fahnen geschmückt und mit Musikcorps versehen, fuhren früh 8 Uhr von der Jannowitzbrücke ab und wurden auf ihrer Fahrt von den Arbeitern der zahlreich an der Oberspree belegenen Fabriken mit großem Jubel begrüßt. Nach der Ankunft in Sadowa fand gemeinsames Frühstück im Walde statt, dem bald ein fröhliches Mittagsmahl mit gelungenen Tischreden folgte. Nach Tisch wurde eine Rundfahrt auf dem langen See und darüber hinaus unternommen. Von derselben zurückgekehrt, nahm man den Kaffee ein und belustigte sich auf einem improvisirten Schützenplatz mit allerlei Spielen, Verloosungen und sonstigen Vergnügungen. Tanz und Feuerwerk, sowie eine brillante Fackel-Polonaise bildeten den Schluß des schönen Festes, welches wiederum beredtes Zeugniß ablegte von dem erfreulichen Einvernehmen und der Harmonie zwischen den Inhabern und Arbeitern dieses großen Etablissements.

† Monumentalbau der Bäcker-Innung „Concordia". Der Osten Berlins, welcher mit öffentlichen Gebäuden nur spärlich bedacht ist, erhält jetzt einen Monumentalbau von sehr bedeutendem Umfang. Die Bäcker-Innung „Concordia" erbaut auf dem Hinterlande ihrer beiden Grundstücke Andreasstraße 64 und Krautstraße 38 ein Gewerkshaus, wie es keine zweite Innung von diesem Umfange auch nur annähernd aufzuweisen hat. Unter Leitung des Architekten Herrn Etzold geht der Bau seiner Vollendung entgegen, in einigen Tagen findet das Richtfest statt. Der gewaltige Bau wird mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet. Ein Festsaal für 2000 Personen, drei kleinere Säle zu 500, 250, 100 Personen, 6 Kegelbahnen u. s. w. Nicht weniger als 800 elektrische Flammen dienen zur Beleuchtung. Die Räume werden durch Warmwasserheizung erwärmt und die neuesten Ventilatoren sorgen für gesunde Luft. Zur Reinigung der Tischwäsche kommt eine Dampfwaschanstalt zur Aufstellung. Die ganze Anlage wird durch zwei riesige Dampfkessel von 80 Pferdekräften regiert.

Theater, Konzerte 2c.

Direktor Gotho-Grunete bemüht sich, das Alexanderplatz-Theater ins „rechte Licht" zu setzen. Als Beweis diene, daß er elektrische Beleuchtung einführen läßt, um dem von Müller u. Schäfer neu geschmückten Zuschauerraum, den Dekorationen und der Ausstattung, welche Hugo Barnch u. Comp. liefert, den rechten Glanz zu verleihen.

Am Donnerstag kommt im Sternecker, Schloß Weißensee, ein großes Land- und Wasser-Feuerwerk der Herren Zeidler und A. Bock zur Darstellung. Den Schluß bildet noch einmal das pyrotechnische Charakterbild: Der Brand von Chicago, welches am vorigen Sonntag wiederum seine angeschwärmte Anziehungskraft bewiesen hat und nunmehr andern Novitäten Platz macht. Am Sonnabend, den 9. August findet das zweite und letzte Feuerwerk des kaiserl. königl. Hof-Feuerwerkers Herrn Stower statt.

Neue Welt. Die Kunstfeuerwerker Herren Leichnitz und Bau mit ihren künstlerisch vollendeten Feuerwerken haben, was großartige Arrangements und prächtige Formen anbetrifft, keine Konkurrenz zu fürchten. Der Donnerstag wird wiederum eine Fülle neuer Figuren bringen, die in einer gewaltigen Schlußfront unter der Devise „Glaube, Liebe und Hoffnung" das Vollendete auf diesem Gebiete zur Ausführung bringen wird. Das sensationelle Schauspiel „Der Brand Roms unter Nero" wird das Feuerwerk beenden. Im Uebrigen hat die Direktion mit dem Engagement des Herrn Batty eine Schaumunmer allerersten Ranges erworben, dessen dressirte Bären eine interessante Bereicherung des trefflichen Spezialitätenteils bieten. Heute, Mittwoch, findet das erste Kinder-Erntefest hierselbst statt. Die opulente Ausstattung dieser Feste macht diese zu den besuchtesten der Residenz.

Frankreichs berühmtester Ringkämpfer, Monf. Arthur Lenoir, kommt nach Berlin, um mit Mr. Tom Cannon im American-Sommertheater auf dem Berliner „Bock" in die Schranken zu treten; auch der belgische Meisterschaftsringer Leon Massow wird mit Cannon ringen. Die Ringkämpfe finden am nächsten Sonnabend und Montag statt. Am Donnerstag und Freitag wird Cannon dem Berliner Preisringer Dieckmann und dem Dänen Sörensen einen Entscheidungskampf liefern. Carl Abs wird bei all diesen Ringkämpfen als Schiedsrichter fungiren.

Rechtspflege.

Sot **Wegen öffentlicher Beleidigung des Polizei-Präsidiums,** bezw. dieser Behörde unterstellter Beamten hatte sich heute der Kutscher Fritz Gaßmann vor der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Gelegentlich einer Versammlung der Kutscher, in welcher der Abgeordnete Schmidt einen Vortrag gehalten hatte, nahm bei der darauf folgenden allgemeinen Besprechung auch der Angeklagte das Wort. Er beleuchtete die Stellung, welche die Polizei zu dem öffentlichen Fuhrwesen einnimmt und unterzog dabei die Beamten einer Kritik, welche das Maß des Erlaubten weit überschritt und ihm obige Anklage eintrug. Bei der Schwere der Beleidigung fand sich der Gerichtshof nicht veranlaßt, es bei einer Geldstrafe bewenden zu lassen, sondern verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen.

Sot **Der Redakteur des „Vorwärts", Kurt Bake,** wurde heute der zweiten Ferienstrafkammer des Landgerichts I. aus der Strafanstalt zu Plötzensee vorgeführt, wo derselbe zur Zeit wegen verschiedener Beleidigungen durch die Presse eine Gefängnißstrafe von 2 Monaten verbüßt. Es handelte sich wiederum um dasselbe Vergehen und zwei ähnliche Anklagen werden in den nächsten Tagen noch gegen Bake zur Verhandlung kommen. Wegen des heute zur Sprache gekommenen Falles erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung.

Sot **Ein umfangreicher Diebstahls- und Hehlereiprozeß** beschäftigte heute die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Ende vorigen bis Anfangs dieses Jahres gelangten über 50 Diebstahlsfälle zur Anzeige, in denen Flaschenbierwagen, welche kurze Zeit von ihren Führern unbeaufsichtigt auf der Straße stehen gelassen wurden, eines Teils ihres Inhalts beraubt worden waren. Es mußte eine weitverzweigte und wohl organisirte Diebesbande sein, welche in dieser Weise die Straßen unsicher machte, denn bisweilen wurden fünf bis sechs Diebstähle gleichzeitig in den verschiedensten Stadtgegenden begangen. Bisweilen öffneten die Diebe die verschlossenen Wagenkasten mittels Nachschlüssels. Die Täter „arbeiteten" in großen Stiefeln und mit einem Schurzfell angetan, so daß Augenzeugen annehmen mußten, dieselben seien die Führer des Wagens, an dem sie sich zu schaffen machten. Sie entnahmen dem Wagen einen oder mehrere Kasten mit Flaschenbier, welche sie in ein benachbartes Haus trugen und hier hinter die Hausthür stellten. Sodann warteten sie ab, bis der Bierfahrer mit seinem Wagen davongefahren war, worauf sie ihre Beute zu versilbern suchten. Heute wurden acht Personen vorgeführt, welche bei diesen Diebstählen beteiligt sein sollten. Es waren die Arbeiter Max Schmidt, Moritz Jahre, Hans Paul und Max Paul, welche des Bandendiebstahls, Karl Schrepfer, welcher der Begünstigung, und die Bierverleger Friedrich Franke, Albert Pappe und Karl Tepper, welche sich durch Abnahme der gestohlenen Waare der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei schuldig gemacht haben sollten. Die drei Letztgenannten bestritten ihre Schuld, die übrigen Angeklagten waren, wenn auch nicht im Umfange der Anklage, geständig. Da eine umfangreiche Beweisaufnahme nötig war, so zog sich die Verhandlung bis Abends 8 Uhr hin. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Franke und Schrepfer die Freisprechung, gegen Schmidt 2½, gegen Jahre 3, gegen Max Paul 1½ Jahre Zuchthaus, gegen Hans Paul 8 Monate Gefängniß. Gegen die Angeklagten Pape und Tepper beantragte der Staatsanwalt wegen einfacher Hehlerei eine Gefängnißstrafe von 4 bezw. 6 Monaten. Wegen der vorgerückten Tageszeit wurde die Urteils-Verkündigung bis Freitag Vormittag 9 Uhr verschoben.

Kundgebungen aus dem Publikum.

An die verehrliche Redaktion der Volkszeitung, hier.

Berlin, den 4. August 1891.

Sehr geehrte Redaktion!

In Nr. 175 der Volkszeitung vom 30. Juli d. J. im dritten Blatt unter „Kleine Chronik" brachten Sie einen Artikel über die Kranken- und Sterbekassen zu Berlin. In diesem Artikel wurde unter Anderem die Sterbekasse des Deutschen Krieger- und Landwehrvereins Berlin Nr. 25 dadurch in ein schlechtes Licht gestellt, weil dieselbe 65 M. für Kranken- und Sterbegeld und 502 M. 33 Pf. für die Verwaltung der Kasse pro 1890, also mehr als das achtfache der Unterstützungen, ausgegeben haben sollte.

Diese Angabe ist vollkommen falsch, und ist durch die **nunkorrekten Formulare** herbeigeführt worden, welche **die zweite Abteilung des königl. Polizei-Präsidiums** (unter deren Aufsicht obige Kassen stehen), **an die Kassen-Rendanten zur Ausfüllung gelangen läßt.** — In der Ausgabe-Kolonne dieser Formulare sind nur Unterstützungs- und Sterbegelder getrennt, alles Andere aber (Ankauf von Wertpapieren 2c.) wird unter Verwaltungskosten aufgeführt und in dieser Weise im Kommunalblatt veröffentlicht. Die Leser der „Volkszeitung" dürften wohl zu der Annahme berechtigt sein, daß entweder die Beamten der Kasse ein Honorar beziehen, oder das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. Der Herr Verfasser des Artikels knüpft noch eine häßliche Bemerkung daran, z. B.: „Die Kasse wäre wert, daß sie zu Grunde geht." Daß wir uns durch eine solche, der Wahrheit widersprechende und mit einer verächtlichen Bemerkung versehene Darstellung verletzt fühlen müssen, liegt wohl klar auf der Hand; wir ersuchen Sie daher ergebenst, dieser Berichtigung in der nächsten Nummer der „Volks-Zeitung" einen Raum gewähren zu wollen.

Die Gesammtausgabe pro 1890 beläuft sich auf 567,33 Mark. Diese verteilen sich

1) für Kranken- und Sterbegeld	65,00 M.
2) Leichenmusik	30,00 „
3) Ankauf von Wertpapieren	432,25 „
Summa	527,25 M.

Dennoch sind für die Verwaltung der Kasse nur 40,08 M. ausgegeben, wovon noch die größere Hälfte (25,40 M. als Remunerationen für den Vorstand), in die Vereinskasse für gewöhnliche Ausgaben geflossen, also dem Verein verbleiben ist und allen Mitgliedern zu gute kommt, so daß in Wirklichkeit nur 14,68 M. für die Verwaltung verausgabt sind.

Hieraus geht wohl deutlich hervor, daß die Verwaltung der Kasse eine sehr solide ist.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Sterbekasse des Deutschen Krieger- und Landwehr-Vereins Berlin Nr. 25.

Th. Gerbich, 1. Vorsteher. C. Hoppe, 2. Vorsteher. C. Walter, Rendant.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein der deutschen Kaufleute, Ortsverein I, gab in seiner letzten Versammlung bekannt, daß die neu errichtete Kasse gegen Stellenlosigkeit bereits funktionirt und daß zwei Mitglieder schon die Unterstützung von einer Mark täglich erhalten. Diese Kasse wurde eingerichtet, weil sich herausstellte, daß bei längerer Krankheitsdauer gewöhnlich die Stellenlosigkeit eintritt, und da der Verein eine Kranken- und Sterbekasse (eingeschriebene Hilfskasse) seit vielen Jahren besitzt, war es nötig, wollte der Verein seine Aufgabe ganz erfüllen, auch eine Kasse gegen Stellenlosigkeit zu haben, und so den Handlungsgehilfen in fast allen Lagen ein Helfer zu sein. — Der Verein hält alle Montag 8½ Uhr Abends Sitzung ab

Der Berliner Verein für Eisenbahnreform „Zonentarif" hat auf die Tagesordnung seiner nächsten am 6. August, Abends 8 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, stattfindenden öffentlichen Sitzung als ersten Gegenstand einen Bericht über die Audienz seiner an den Eisenbahnminister Thielen entsandten Abordnung und als zweiten Gegenstand eine Besprechung der Uebel-